

## Werkzeug trifft Politik: Unser Input

### Unsere Kernbotschaften

- **Internationale Handelsfreiheit – Zölle verhindern**
  - Stärkung offener Märkte und Planungssicherheit für Unternehmen
- **Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)**
  - Einbezug von Handwerkzeugen, Zubehör für Elektrowerkzeuge und Messwerkzeuge notwendig für faire Wettbewerbsbedingungen
  - Reduzierung des Verwaltungsaufwands durch Nutzung von Standardwerten
- **Bürokratie**
  - Weitere Reduzierung von Berichtspflichten auf EU-Ebene insbesondere für KMU nötig
- **Energiepreise**
  - Schaffung einer dauerhaften und kostendämpfenden Regulierung der Netzentgelte
- **Lohnzusatzkosten / Sozialreformen**
  - Weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten gefährdet den Wirtschaftsstandort
  - Grundlegende Reform der Sozialsysteme notwendig

Im Fachverband Werkzeugindustrie e.V. (FWI) sind überwiegend mittelständische Unternehmen organisiert, die sich mit ihren hoch spezialisierten Produkten auf differenzierten Märkten behaupten. Die Branche hat eine lange Tradition, in der jahrzehntelange Entwicklung auf Innovationskraft trifft. Viele FWI-Mitglieder zählen heute zur Weltspitze – ein Erfolg, der auf technologische Kompetenz, Teamgeist und unternehmerisches Engagement zurückgeht.

Mit ihren 10 Mrd. Euro Umsatz trägt die Branche maßgeblich zur deutschen Industriegesellschaft bei – von Vorprodukten bis zur Abnahme und Endanwendung der Werkzeuge in allen relevanten Industriebereichen der deutschen Volkswirtschaft. Die Werkzeugindustrie steht in enger Wechselwirkung mit anderen Industriezweigen und sichert so Arbeitsplätze und Wohlstand. Ihre Erhaltung erfordert dabei stabile politische Rahmenbedingungen. Qualitätswerkzeuge „made in Germany“ sind dazu essenziell für die Kreislaufwirtschaft, insbesondere bei Wiederverwendung und Reparatur von Konsum- und Industriegütern.

Die anhaltende Rezession, der Ukraine-Krieg und protektionistische Tendenzen der USA verunsichern die Wirtschaft. Investitionen werden zurückgestellt, **der Standort Deutschland steht zunehmend infrage**. Erforderlich ist daher eine **aktive europäische und nationale Politik**: Die EU muss Unternehmen gegen US-Zölle verteidigen und Belastungen für Unternehmen reduzieren. National erwarten wir entschlossene Maßnahmen gegen Bürokratie und für bezahlbare Energie.

## + Internationale Handelsfreiheit – Zölle verhindern

Für die exportorientierte deutsche Werkzeugindustrie ist freier und fairer Handel essenziell. Handel fördert Wachstum und Beschäftigung. Protektionismus – wie etwa im Zuge der aktuellen Handelspolitik der USA – schadet allen Beteiligten. Die EU-Kommission muss daher weiterhin geschlossen und entschlossen handeln, um Schäden durch US-Zölle zu begrenzen. **Das Verhandlungsergebnis ist als Realität zu akzeptieren, Planungssicherheit für die Unternehmen bleibt auch unter verschlechterten Bedingungen ein Wert.**

Auch im weiterhin nicht abschließend geklärten Airbus/Boeing-Konflikt gilt: EU und Bundesregierung müssen Strafzölle weiterhin verhindern, um Wettbewerbsnachteile für unsere Industrie zu vermeiden.

## + Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)

Der FWI unterstützt den CBAM zum Schutz der heimischen Industrie. Effektiv ist er allerdings nur, wenn er bürokratiearm ist und die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt sowie alle emissionsrelevanten Güter einbezieht. Langfristiges Ziel muss es jedoch weiterhin sein, ein Level Playing Field ohne spezielle Abgaben oder Quoten in einem freien und fairen Handelssystem zu erreichen.

Die geplante Nicht-Einbeziehung für Handwerkzeuge, Zubehör für Elektrowerkzeuge und Messwerkzeuge verzerrt den Wettbewerb, da Importeure aus Drittstaaten keine CO<sub>2</sub>-Kosten tragen. **Für faire Wettbewerbsbedingungen und Klimastandards muss die Werkzeugbranche in den CBAM aufgenommen werden.**

Gleichzeitig müssen auch die in nachgelagerten Produkten enthaltenen indirekten Emissionen einbezogen werden, da diese Emissionen einen großen Anteil an den Gesamtemissionen dieser Produkte ausmachen und sonst nicht unter das CBAM fallen würden. Bei vielen nachgelagerten Produkten, die mehrere Verarbeitungs- oder Montagephasen durchlaufen, übersteigen die indirekten Emissionen aufgrund des intensiven Einsatzes von Strom und energieintensiven Technologien häufig die direkten Emissionen.

In vielen Exportländern ist die Stromerzeugung nach wie vor sehr kohlenstoffintensiv, was bedeutet, dass ein großer Teil der Emissionen dieser Güter indirekt entsteht. Würden solche Emissionen ausgeklammert, würde dies zu einer Unterschätzung ihres tatsächlichen Kohlenstoffgehalts führen, Schlupflöcher für Carbon Leakage schaffen und einen Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen bedeuten. Aus diesem Grund ist auch die geplante Ausnahmeregelung für Importmengen unter 50t jährlich kritisch zu sehen, denn sie schafft potenzielle Schlupflöcher.

Wir begrüßen die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung eines fairen, unbürokratischen CBAM. Insgesamt muss jedoch die Umsetzung des CBAM durch eine Straffung der Meldeverfahren, z. B. durch die Verwendung bestehender Zolldokumente und die Verwendung von Standardwerten, praktischer gestaltet werden.

## + Bürokratie

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die neue Bundesregierung das Ziel gesetzt hat, den Staat zu verschlanken, effizienter zu gestalten und umfassend zu modernisieren. Der im Koalitionsvertrag verankerte politische Wille zum Bürokratieabbau sowie die ersten Schritte im Rahmen der Modernisierungsagenda sind ein wichtiges und ermutigendes Signal für Wirtschaft und Gesellschaft.

In diesem Sinne möchten wir die Bundesregierung ermutigen, den eingeschlagenen Kurs konsequent fortzuführen – insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen, denen sich der deutsche

Mittelstand gegenübersteht. Der bürokratische Aufwand für die Mitgliedsunternehmen des FWI hat sich in den vergangenen Jahren nahezu verdoppelt und bindet zunehmend personelle wie finanzielle Ressourcen, die besser in Innovation, Fachkräftegewinnung und Wettbewerbsfähigkeit investiert wären.

Zentrale Problemfelder:

- **Lieferkettengesetzgebung:** Viele mittelständische Unternehmen fallen zwar formal nicht unter das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) oder die zukünftige EU-Lieferkettenrichtlinie, werden jedoch mittelbar durch ihre Auftraggeber zur Erfüllung entsprechender Berichtspflichten verpflichtet. Es entsteht eine Berichtskette, deren Anfang häufig bei kleinen und mittleren Zulieferbetrieben liegt.
- **CSRD-Richtlinie:** Auch die Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) führt zu erheblichen administrativen Belastungen. Wir erkennen die Notwendigkeit nachhaltiger Unternehmensführung ausdrücklich an, bezweifeln jedoch den Mehrwert jährlich zu erstellender, hochdetaillierter Berichtsformate, die vielfach keinen praktischen Nutzen entfalten.

Wir begrüßen die aktuellen Verhandlungen auf Europäischer Ebene zu Vereinfachungen im Rahmen des Omnibus-Pakets. Die Bundesregierung sollte sich daher im Rat und gegenüber der Europäischen Kommission nachdrücklich für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Berichtspflichten einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit wichtiger heimischer Industrien zu sichern.

Darüber hinaus wäre ein stärkerer Rückgriff auf Pauschalregelungen sinnvoll, die die Zielerreichung weiterhin gewährleisten, aber den bürokratischen Aufwand deutlich reduzieren. Eine regelmäßige Evaluations- und Revisionspflicht für neu eingeführte Regelungen sollte sicherstellen, dass überbordende Berichtspflichten frühzeitig erkannt und korrigiert werden können – wie es beim Lieferkettengesetz bislang versäumt wurde.

Abschließend verweisen wir auf die im Rahmen der Verbändeabfrage 2023 eingereichten Vorschläge, die weiterhin eine solide Grundlage für wirksame und zielgerichtete Entlastungsmaßnahmen darstellen.<sup>1</sup>

## + Energiepreise

Wir begrüßen die von der neuen Regierung im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, mit einer Gesamt-Entlastung von mindestens 5 ct/kWh für Unternehmen und Verbraucher.

Dennoch belasten hohe Energiepreise weiterhin die Wirtschaft. **FWI-Unternehmen haben kaum von der Strompreisbremse im Jahr 2023 profitiert, da sie nicht als energieintensiv gelten.** Das gilt auch für den im Koalitionsausschuss beschlossenen Industriestrompreis, der an der Branche vorbeigeht. Die Stromsteuersenkung bringt zwar Entlastung, gleicht aber internationale Preisunterschiede nicht aus.

---

<sup>1</sup> Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau: Ergebnisdokumentation über die kategorisierten und priorisierten Einzelvorschläge des Statistischen Bundesamts, April 2023 ([https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Publikationen/Downloads-Buerokratiekosten/verbaendeabfrage.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Publikationen/Downloads-Buerokratiekosten/verbaendeabfrage.pdf?__blob=publicationFile))

Nach Stabilisierung der Preise drohen neue Belastungen durch den Netzausbau. Eine unkontrollierte Kostenumlage ist für die Werkzeugindustrie nicht tragbar. Es braucht wirtschaftsfreundliche Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Stromkosten. Eine Verdoppelung der Energiekosten verteuert z. B. einen Schraubendreher um 14 %. Das kann über Gewinn oder Verlust entscheiden – und gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Werkzeugen „made in Germany“.

Energiepreise sind zentral für Investitionsentscheidungen. Preisunsicherheit schwächt den Standort Deutschland gegenüber internationalen Alternativen. **Wir fordern daher eine dauerhafte und kostendämpfende Regulierung der Netzentgelte für industrielle Verbraucher.**

#### **+ Lohnzusatzkosten / Sozialreformen**

Der demografische Wandel erhöht die Kosten des Sozialstaats und damit auch die Lohnnebenkosten. Pflegeversicherung und die Finanzierung des Rentensystems können dazu führen, dass die Lohnnebenkosten für die Sozialpartner mittel- und langfristig signifikant steigen. Damit bleibt weniger Netto vom Brutto, und die Belastungen der Unternehmen wachsen weiter. Dies gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv.

Es kann nicht sein, dass die erkennbaren Finanzierungslücken im Sozialsystem dauerhaft über steuerliche Zuschüsse und höhere Bemessungsgrenzen geschlossen werden. Es braucht eine grundlegende Reform unserer Sozialsysteme.

*Für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an:*

Christoph Köppchen  
Leiter Public Affairs  
Email: [christoph.koeppchen@werkzeug.org](mailto:christoph.koeppchen@werkzeug.org)  
Tel.: 02191 43834